

Die Haltung der Christlich-Demokratischen Union zum Vietnam-Konflikt

Kim Schüler

Der Vietnam-Konflikt von 1946 bis 1975, insbesondere der Krieg von 1965 bis 1975, hatte bedeutenden Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Neben den unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffenen Ländern wirkten sich die Auseinandersetzungen auch auf die Beziehungen innerhalb der bipolaren Bündnissysteme aus und polarisierten zunehmend die Weltöffentlichkeit.¹

Die Bundesrepublik sah sich ebenfalls den Auswirkungen des Vietnam-Krieges ausgesetzt. Auf gesellschaftlicher Ebene vollzog sich ein allmählicher Wandel in der bisher positiven Betrachtung der USA und auch die Studentenproteste im Jahr 1968 griffen den Vietnam-Krieg auf.² Die Bundesregierung musste sich mit den Forderungen der Amerikaner nach Unterstützung auseinandersetzen, die bereits vor Ausbruch des Krieges gestellt wurden.³ Wie aber stand Bonn zum amerikanischen Engagement in Vietnam? Die CDU, die die Bundesregierung zu Beginn des Vietnam-Krieges und auf dessen Höhepunkt im Jahr 1968 anführte, ließ hierzu keine öffentliche Stellungnahme verlauten. Die Gründe dafür sind vielfältig und nicht auf eine stillschweigende Billigung des Vietnam-Krieges zurückzuführen, wie es Zeitgenossen annahmen.⁴ Dabei spielten die Beziehungen zu den Bündnispartnern USA und Frankreich ebenso eine Rolle wie die innenpolitischen Probleme, mit denen sich die Bundesrepublik auseinandersetzen musste. Dieser Beitrag⁵ arbeitet die unterschiedlichen Aspekte heraus, die die Unionsparteien zu ihrer Vorgehensweise veranlassten und untersucht, inwieweit der fortschreitende Kriegsverlauf und die innen- wie außenpolitische Situation der Bundesrepublik in Regierungsverantwortung

1 Vgl. Marc Frey: Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums. 9. durchges. und akt. Auflage München 2010, S. 9.

2 Vgl. ebd., S. 184f.

3 Vgl. Alexander Troche: „Berlin wird am Mekong verteidigt“. Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd-Vietnam 1954–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 37). Düsseldorf 2001, S. 289.

4 Vor allem die jüngere Generation warf den Unionsparteien vor, durch ihre passive Haltung das amerikanische Engagement implizit zu befürworten. Vgl. dazu Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay. Düsseldorf 2009, S. 1268f.

5 Der Aufsatz basiert auf der Masterarbeit der Verfasserin: „Die Haltung der Christlich-Demokratischen Union zum Vietnam-Konflikt“, eingereicht 2013 an der Universität Bonn bei Professor Dr. Dominik Geppert.

und Opposition Auswirkungen auf die Haltung der Christdemokraten zum Vietnam-Konflikt hatten.

Die deutsche Interessenlage im südostasiatischen Raum bis 1964

Bis zur Eskalation des Vietnam-Konfliktes im Jahr 1964 stand der südostasiatische Raum kaum im Fokus der Bundesrepublik. Ereignisse wie der Indochinakrieg und die diesen beendende Genfer Friedenskonferenz im Jahr 1954⁶ brachten der Region zwar kurzzeitig öffentliche Aufmerksamkeit; von einer besonderen deutschen Interessenlage in Südostasien kann allerdings nicht gesprochen werden.⁷ Dass Süd-Vietnam von der Bundesrepublik seit 1955 dennoch Entwicklungshilfe für den wirtschaftlichen Aufbau erhielt, war vor allem politischem Kalkül geschuldet. Im weltpolitischen Gefüge des Kalten Krieges hatte Süd-Vietnam durch die nach der Genfer Friedenskonferenz stark angestiegene amerikanische Unterstützung eine größere Rolle eingenommen. Das Land sollte vor kommunistischer Einflussnahme durch Nord-Vietnam bewahrt und musste dementsprechend gerüstet werden.⁸

Trotz der sichtbaren Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für Süd-Vietnam waren die unionsgeführten Bundesregierungen in den 1950er Jahren zunächst bemüht, eine neutrale Haltung im Vietnam-Konflikt zu bewahren, welche 1961 allerdings überdacht werden musste: Mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Süd-Vietnam, der sich gegen den autoritär herrschenden Präsidenten Ngo Dinh Diem⁹ richtete, sah sich Bonn vor die Frage gestellt, ob es trotz der unsicheren Lage und des nach demokratischen Maßstäben nicht tragbaren Diems weiterhin Entwicklungshilfe leisten sollte. Die Entscheidung für die Bewilligung weiterer Hilfszahlungen wäre einer politischen Positionierung zugunsten der

6 Der Indochinakrieg war 1946 zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden Viet Minh – einer national-kommunistischen Bewegung im Norden Vietnams – und der französischen Kolonialmacht ausgebrochen und zog sich über acht Jahre hin. Nach dem allmählichen Rückzug der Franzosen aus der Region sollten auf der Genfer Friedenskonferenz die Verhältnisse in dem nun geteilten Land geordnet und das Machtvakuum nach dem Rückzug der Franzosen wieder gefüllt werden. Die dort getroffenen Beschlüsse führten allerdings nicht zu einer Beilegung des Konfliktes. Vgl. Hans Ulrich Luther: *Der Vietnamkonflikt. Darstellung und Dokumentation (Zur Politik und Zeitgeschichte 37/38)*. Berlin 1969, S. 31f.; Robert Schulzinger: *A time for war. The United States and Vietnam, 1941–1975*. New York 1997, S. 31.

7 Vgl. Joachim Arenth: *Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Belastungen 1963–1969*. München 1994, S. 126.

8 Vgl. Frey: *Geschichte des Vietnamkriegs*, S. 40.

9 Diem war durch maßgebliche amerikanische Unterstützung 1956 zum Präsidenten Süd-Vietnams ernannt worden. Die USA rückten allerdings mehr und mehr von Diem ab, da dieser zunehmend einen autoritären Herrschaftsstil etablierte und damit die süd-vietnamesische Bevölkerung gegen sich aufbrachte. Den Militärputsch gegen den Präsidenten im Jahr 1963 verhinderten die Amerikaner demzufolge nicht. Vgl. ebd., S. 51, 93.

amerikanischen Vietnam-Politik gleichgekommen. Aus deutscher Sicht gab es gewichtige Gründe, sich auf die Seite Süd-Vietnams und damit der Amerikaner zu stellen. Der Kurs der US-Regierung richtete sich vor allem darauf, vor den Verbündeten ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren und zugleich die Ausbreitung des Kommunismus einzudämmen. Diesen Glauben an die Domino-Theorie adaptierte die Bundesregierung und führte ihn noch bis zu Beginn des Krieges als Begründung zur Unterstützung Süd-Vietnams heran. Darüber hinaus spielten für die Bundesrepublik moralische Überlegungen eine Rolle, die neutrale Haltung allmählich aufzugeben. Vor allem die Analogie der Teilung beider Länder wurde auch später immer wieder als Argument für die Hilfsmaßnahmen für Süd-Vietnam herangezogen.¹⁰

Die Orientierung am amerikanischen Kurs brachte der Bundesrepublik allerdings Schwierigkeiten mit dem französischen Nachbarn ein. Dieser begann sich unter Staatspräsident Charles de Gaulle vom amerikanischen Verbündeten zu emanzipieren und eine europazentrische Ausrichtung der Politik einzuleiten.¹¹ So schlug die französische Regierung auch in ihrer Vietnam-Politik einen eigenen Kurs ein, der sich nicht an dem der Amerikaner orientieren sollte.¹² Beispielsweise hatte de Gaulle nach dem Sturz Diems 1963 und der darauffolgenden, unübersichtlichen politischen Situation in Süd-Vietnam eine Wiedervereinigung und eine Neutralisierung Vietnams ins Spiel gebracht und damit die amerikanischen Pläne konterkariert.¹³ Dieses eigenständige Vorgehen Frankreichs gründete vor allem in der Vorstellung, als ehemalige Kolonialmacht noch eine gewisse Verantwortung für Vietnam tragen zu müssen.¹⁴

Die deutsche Vietnam-Politik befand sich demzufolge vor dem Dilemma, mit einer klaren Positionierung entweder den amerikanischen oder französischen Verbündeten zu verärgern und damit die jeweiligen politischen Beziehungen zu belasten.¹⁵ In diesem Zusammenhang ist der Atlantiker-Gaullisten-Konflikt¹⁶ innerhalb der Union zu erwähnen. Dieser hätte sich durchaus auch

10 Vgl. Troche: Mekong, S. 255, 257.

11 Vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008, S. 13.

12 Laut Klaus Hildebrand spielten in der Ablehnung des amerikanischen Kurses zudem verletzte Eitelkeiten eine Rolle. Frankreich suchte nach „Anerkennung in der unterentwickelten Dritten Welt und fachte den Anti-Amerikanismus in jeder Hinsicht an. Letztlich genoß es wohl auch die Süße der Rache, daß Amerika nun unter einer Bürde ächzte, die Frankreich, ohne dabei von den Amerikanern ausreichend Hilfe erfahren zu haben, bis in die fünfziger Jahre hinein getragen hatte.“ Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Wiesbaden 1984, S. 173f.

13 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 221.

14 Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 18, 36, 182.

15 Vgl. ebd., S. 281f.

16 Zum Atlantiker-Gaullisten-Konflikt vgl. v. a. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten.

an der Frage nach der Unterstützung des jeweils bevorzugten Bündnispartners – USA oder Frankreich – weiter entzünden können. Doch auch auf dem Höhepunkt der Streitigkeiten während der Kanzlerschaft Ludwig Erhards und der zeitgleichen Eskalation des Vietnam-Konfliktes war keine klare Trennung zwischen Atlantikern und Gaullisten in ihrer Haltung gegenüber dem amerikanischen Einsatz zu konstatieren.

Die Eskalation des Konfliktes

Im Lauf des Jahres 1964 eskalierte der Konflikt in Vietnam zusehends, weshalb sich die Amerikaner immer stärker in der Region engagierten. Die Folgen dieser erhöhten Intervention der Vereinigten Staaten bekam auch die unionsgeführte Bundesregierung zu spüren. Anfang Mai 1964 verwies der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara auf einer NATO-Tagung gegenüber seinem deutschen Amtskollegen Kai-Uwe von Hassel auf die besondere Verbundenheit der Deutschen mit Süd-Vietnam. Die Äußerung „The defense of Berlin starts at the Mekong“¹⁷ sollte eine Analogie zwischen der Verteidigung der Freiheit in Europa mit der in Südostasien herstellen. Mit der Unteilbarkeit der Verteidigung der Freiheit wie auch der Analogie der Teilungssituation beider Länder übten die USA Druck auf den deutschen Bündnispartner aus, sich stärker am amerikanischen Engagement in Vietnam zu beteiligen.

Die Verteidigung der freien Welt zog die US-Regierung dabei häufig als Argument heran, um ihre Bündnispartner an deren Solidarität und Verantwortung zu erinnern. So berichtete der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, George McGhee, beispielsweise von einem Schreiben des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson an die amerikanischen Botschafter in den Bündnisstaaten, worin er diese explizit zur Druckausübung auf die jeweiligen Regierungen aufforderte. Dadurch sollte vor allem eine Beteiligung an der zivilen Hilfe erreicht werden.¹⁸ Bald schlossen sich aber auch Forderungen nach einer Beteiligung in militärischer Form an, wobei ein deutscher Militäreinsatz in Vietnam bereits vor Ausbruch des Krieges parteiübergreifend abgelehnt worden war. Dagegen sollte die ebenfalls von den Amerikanern geforderte humanitäre Hilfe weiter ausgebaut werden.¹⁹ Bereits früh kam dabei die Idee der Entsendung eines Lazarettschiffes auf, da hiermit eine große positive Außenwirkung erzielt und Forderungen nach militärischem Personal unterbunden werden konnten. Über einen entsprechenden Vorschlag von Außenminister

17 Zitiert nach Troche: Mekong, S. 289.

18 Vgl. George McGhee: Botschafter in Deutschland. 1963–1968. München 1989, S. 232f.

19 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 128. Mit der Verstärkung der finanziellen Hilfsmittel rückte die Bundesrepublik als Geldgeber für Süd-Vietnam an die zweite Stelle hinter den Vereinigten Staaten. Vgl. ebd.

Gerhard Schröder vom 5. Juni 1964 wurde im Kabinett allerdings keine Einigkeit erzielt und die Entscheidung über die Entsendung eines solchen Schiffes zunächst vertagt.²⁰

Um sich dennoch gegen etwaige Forderungen nach einer deutschen militärischen Beteiligung abzusichern, begann die Bundesregierung früh, entsprechende Argumente dagegen anzuführen. Eine Kabinetttvorlage Ende Mai verwies beispielsweise auf den auch von anderen Bündnispartnern vorgebrachten Umstand, dass Süd-Vietnam nicht im NATO-Gebiet liege und daher kein Bündnisfall eintreten könne.²¹ Auch vor der eigenen Bevölkerung, die zum großen Teil eine Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Vietnam ablehnte, musste die Bundesregierung Gerüchte über dahingehende Forderungen der USA zerstreuen und die eigene Position durch öffentliche Stellungnahmen gegen einen deutschen Militäreinsatz deutlich machen.²² In seinen Erinnerungen konstatierte der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Deutschen Bundestag, Franz Josef Strauß, dass „ein Bundeskanzler, der deutsche Soldaten nach Vietnam schicken wolle, [...] vom Volkszorn in einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt werden“²³ würde. Mit zunehmender Eskalation und dem Kriegsausbruch 1965 wuchs allerdings von Seiten der US-Regierung der Druck auf die Bundesrepublik, sich noch stärker als bisher in Vietnam zu engagieren – auch in Form von militärischem Personal.

Die USA drangen aber nicht nur auf finanzielle und personelle Unterstützung, sie forderten von der Bundesregierung darüber hinaus eine öffentliche Stellungnahme, in der sich diese positiv zur amerikanischen Vietnam-Politik

20 Vgl. Kabinettsitzung vom 5. Juni 1964, TOP 4, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Hg. von Hartmut Weber. Bearb. von Josef Henke und Uta Rössel. München 2007, S. 293–305, hier S. 303.

21 Vgl. ebd., Anm. 21. Eine ähnliche Situation hatte es bereits im Frühjahr desselben Jahres im Zypern-Konflikt gegeben; hier wäre die Bundesregierung allerdings zur Entsendung deutscher Soldaten bereit gewesen. Eine Ablehnung eines Militäreinsatzes in Vietnam aus rechtlichen Gründen musste demzufolge politisch motiviert gewesen sein, da juristische Bedenken während der Zypern-Krise nicht vorgebracht wurden. Vgl. Troche: „Ich habe nur die Hoffnung, dass der Kelch an uns vorübergeht...“. Der Zypernkonflikt und die erste deutsche Out-of-area-Entscheidung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 7 (2000), S. 183–195, hier S. 194.

22 Eine Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach von Januar 1966 belegte, dass 81 Prozent der deutschen Bevölkerung einem Einsatz deutscher Soldaten in Vietnam ablehnend gegenüberstanden. Vgl. dazu Elisabeth Noelle/Peter Neumann (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965–1967. Allensbach u. a. 1967, S. 478. Auch vor dem Auswärtigen Ausschuss beteuerte Außenminister Schröder, dass es keine amerikanischen Forderungen nach einer militärischen Beteiligung der Bundesrepublik gegeben habe. Vgl. Sitzung vom 1. Juli 1964, in: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1961–1965. Eingel. und bearb. von Wolfgang Hölscher (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13/IV). Düsseldorf 2004, S. 1043–1064, hier S. 1056.

23 Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 429.

äußern und gleichzeitig gegen den französischen Plan einer Neutralisierung Vietnams aussprechen sollte. Damit beabsichtigten die Vereinigten Staaten eine Isolierung Frankreichs, das nach wie vor einen eigenen Kurs in seiner Vietnam-Politik einschlug.²⁴ In einem Schreiben Schröders an Bundeskanzler Erhard warnte der Außenminister aber vor einer negativen Beurteilung der französischen Pläne. Seiner Ansicht nach sollte „[i]m Interesse der deutsch-französischen Beziehungen [...] dem amerikanischen Wunsch einer öffentlichen Stellungnahme nicht entsprochen werden“.²⁵

Der Druck auf den Bundeskanzler, sich zum amerikanischen Vietnam-Engagement zu äußern, nahm jedoch stetig zu, sodass sich Erhard auf einer USA-Reise im Juni 1964 erstmals offiziell zum Geschehen in Vietnam äußerte. Im Kommuniké eines Gesprächs zwischen Erhard und Johnson gab der Bundeskanzler eine Beistandserklärung für Süd-Vietnam und die Vietnam-Politik der USA ab und sicherte weitere Hilfen zu.²⁶ Eine über die moralische Unterstützung hinausgehende Stellungnahme wurde damit allerdings nicht vollzogen.

Anlässlich der Ereignisse im Golf von Tonkin im Sommer 1964²⁷ hätte sich eine weitere Stellungnahme Erhards angeboten. Doch vor allem aus Sorge um eine zunehmende Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen gab es keine offizielle Erklärung zu den Vorfällen. In der Presse wurde lediglich verlautet, Erhard habe in einem Schreiben an den US-Präsidenten sein Verständnis für die amerikanische Reaktion ausgedrückt; der genaue Wortlaut dieses Schreibens wurde allerdings nicht bekannt gegeben.²⁸ Auch Schröder zeigte in einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Verständnis für das Vorgehen der USA, betonte aber, dass es keine öffentliche Stellungnahme seitens der Bundesrepublik zu diesem Thema geben werde.²⁹ Eindringlichere Worte fand dagegen sein Staatssekretär Karl Carstens, der in einem Runderlass eine neue Ausrichtung der Vietnam-Politik forderte, da das bisherige Vorgehen nur eine weitere Verschärfung der Lage in der Region nach sich gezogen hätte. Er sah zwar die Notwendigkeit einer Aufstockung der amerikanischen Einhei-

24 Vgl. Troche: Mekong, S. 300.

25 Schröder an Erhard, 17. Mai 1964, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1964. Bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst. München 1995, Dok. 130, S. 541–542, hier S. 541.

26 Vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Washington, 12. Juni 1964, ebd., Dok. 161, S. 651–659, hier S. 653f.

27 Die Vorfälle im Golf von Tonkin an der nord-vietnamesischen Küste, bei denen ein amerikanisches Schiff von nord-vietnamesischen Schnellbooten angegriffen worden sein soll, verschärfen die Lage in der Region zusehends. Eine daraufhin vom amerikanischen Kongress und Senat verabschiedete Resolution erteilte dem US-Präsidenten weitreichende Befugnisse und kam einem Blankoscheck für weitergehende amerikanische Militäraktionen in Vietnam gleich. Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 103–105.

28 Vgl. Die Welt, 7. August 1964.

29 Vgl. McGhee: Botschafter, S. 236.

ten in Vietnam, befürchtete aber weitreichende Konsequenzen für den Westen. Eigene Lösungsvorschläge brachte Carstens in dem Runderlass allerdings nicht vor.³⁰

Neben den wohlwollenden Beurteilungen der amerikanischen Vietnam-Politik aus den Reihen der Union gab es nur vereinzelt kritische Stimmen am Engagement der USA. Zu diesen zählte Franz Josef Strauß, der im November 1964 öffentlich bekundete, dass er eine militärische Lösung des Konfliktes nicht für möglich halte; stattdessen hielt er einen politischen Ausgleich für das Land für sinnvoll.³¹ Allerdings zeigte sich Strauß trotz seiner öffentlichkeitswirksamen Kritik in internen Gesprächen mit Amerikanern von der Unumgänglichkeit der Vorgehensweise überzeugt.³²

Eine einheitliche Vietnam-Politik der unionsgeführten Regierung zeichnete sich 1964 demnach noch nicht ab. Ein eigenständiger Kurs wurde zudem durch ein Memorandum aus dem Auswärtigen Amt früh unterbunden, stattdessen wurde deutlich gemacht, dass sich die deutsche Vietnam-Politik am amerikanischen Kurs zu orientieren hatte.³³

Reaktionen auf den Kriegsausbruch 1965

Mit den Luftangriffen auf Nord-Vietnam Anfang des Jahres 1965 und der Landung amerikanischer Bodentruppen am 8. März hatte sich der Konflikt nun vollends zum Krieg ausgeweitet. Das Vorgehen der Amerikaner wurde parteiübergreifend weiterhin für notwendig erachtet, die Reaktionen auf den Kriegsausbruch in den Unionsparteien fielen dennoch zurückhaltend aus. So zeigte sich Erhard fast gleichgültig gegenüber dem Bericht des amerikanischen Botschafters McGhee über die Vorgänge in Vietnam. Auf Nachfrage des Botschafters, ob die Bundesregierung den Entwicklungen in Südostasien mit Sorge begegne, erwiderte Erhard, dass das Vorgehen der Amerikaner erforderlich gewesen sei, um ihre Glaubwürdigkeit in der freien Welt zu bewahren.³⁴ Auf dem 13. Bundesparteitag der CDU Ende März 1965 erwähnte Erhard den Vietnam-Krieg nur am Rande. Er betonte die Tatsache, dass „die Amerikaner

30 Vgl. Troche: Mekong, S. 317.

31 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 170; Hans-Jürgen Grabbe: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 71). Düsseldorf 1983, S. 454.

32 Vgl. Troche: Mekong, S. 357f.

33 Vgl. ebd., S. 319f., 330.

34 Vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 8. Februar 1965, in: AAPD 1965. Bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Dok. 60, S. 265–275, hier S. 274f.

in einer sehr schwierigen und erregenden Situation in Südvietnam für die Freiheit einstehen“³⁵.

Gerhard Schröder äußerte sich auf dem Bundesparteitag ebenfalls zu den Vorgängen in Vietnam und lieferte gleichzeitig eine kurze, aber eindringliche Analyse der Ereignisse. So könnten die Entwicklungen in dem Konflikt auch „auf Europa und damit auf die deutsche Außenpolitik einen Einfluß“ ausüben. Diese Rückwirkung war vor allem der Überlegung geschuldet, dass – so Schröder – die USA „der stärkste Garant für die Sicherheit Europas“ seien. Zudem müsse das weitere Verhalten der Sowjetunion in dem Konflikt beobachtet werden, da dieses sich ebenfalls auf Europa auswirken würde. So könnte die Sowjetunion entweder den Druck auf Europa erhöhen und damit den kommunistischen Verbündeten in Vietnam Handlungsspielraum verschaffen oder aber, um eine Ausbreitung des chinesischen Einflusses in Südostasien zu verhindern, die eigenen Kräfte im Vietnam-Krieg verstärken.³⁶ Daneben stellte der Ausgang des Vietnam-Krieges für den Außenminister einen Meilenstein in der weiteren Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen dar, da sich „Sieg oder Niederlage hier oder dort [...] auf die Verlässlichkeit der Bündniszusage“ auswirken würden. Indirekt verwies Schröder zudem auf die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik in einer weitreichenden Unterstützung des amerikanischen Engagements. Die Verteidigung der Freiheit sei zwar „unteilbar“, dennoch könnten „nicht alle Bündnispartner zu gleicher Zeit die gleichen Mittel anwenden“.³⁷

Auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, betonte auf dem Bundesparteitag die Vorgabe, dass sich die Bundesrepublik nicht an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes beteiligen würde. Barzel zeigte sich in seiner Rede davon überzeugt, dass eine militärische Unterstützung in Vietnam negative Konsequenzen für Deutschland haben würde.³⁸ Diese Äußerungen wiederholte Barzel auf einer CSU-Landesversammlung im April 1965. Er bezog sich dabei auf die nicht nachlassenden amerikanischen Forderungen nach militärischer Unterstützung, die weitestgehend vertraulich behandelt würden. Für Barzel war es notwendig, den Amerikanern künftig eindeutige und offene Antworten zu geben, die einen deutschen Militäreinsatz ausschließen sollten. Dabei zog er die bereits häufiger vorgebrachten Argumente nach der besonderen Situation und der Geschichte der Bundesrepublik heran. Die Rede vor der Landesversammlung wurde anschließend im Bayern-

35 Protokoll des 13. Bundesparteitages der CDU in Düsseldorf vom 28.–31. März 1965, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>, S. 34 (Abruf: 14. Mai 2014).

36 Ähnliches äußerte Schröder auch noch ein Jahr später während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Vgl. Sitzung vom 13. Januar 1966, in: Der Auswärtige Ausschuss, S. 32–43, hier S. 34.

37 Protokoll des 13. Bundesparteitages der CDU, S. 132.

38 Vgl. ebd., S. 697.

Kurier abgedruckt, wobei Barzel seine Äußerungen als rein persönlich deklariert wissen wollte.³⁹ Damit sollte ein Rückschluss der Meinung des Fraktionsvorsitzenden auf die gesamte Haltung der Partei vermieden werden. Obschon Barzel in seinen Ausführungen die amerikanischen Forderungen nach deutscher Militärhilfe dezidiert öffentlich besprach, zog der Beitrag im Bayern-Kurier keine diesbezüglich weiteren Fragen von Seiten der Presse nach sich.

Kritische Äußerungen zum amerikanischen Vietnam-Engagement kamen dagegen von Staatssekretär Carstens in einem Gespräch mit NATO-Generalsekretär Manlio Giovanni Brosio. Darin gab er an, die Amerikaner hätten in der Entwicklung des Vietnam-Konfliktes Fehler gemacht, ein Rückzug aus Vietnam sei nun aber nicht mehr möglich. Im Gegenteil hätte ein solcher Rückzug „eine unvermeidbare Schwächung des Westens in der Auseinandersetzung mit dem Osten zur Folge“⁴⁰.

Eine weitere Sorge, die der Vietnam-Krieg vielen Unionspolitikern bereitete, war die Verlagerung der amerikanischen Interessen von Europa nach Südostasien. Der Konflikt in Vietnam war allerdings nicht ursächlich für diese Verlagerung; vielmehr setzte nach dem Mauerbau und der Kuba-Krise eine allmähliche Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion ein. Die Amerikaner sahen sich in der Folge nicht mehr verpflichtet, ihren gesamten Fokus auf Europa zu richten.⁴¹ So hatten die USA noch vor Ausbruch des Vietnam-Krieges eine Reduzierung ihrer Truppenkontingente in Europa in Betracht gezogen, wogegen sich Politiker der Unionsparteien wehrten und dabei auf die Gefahr einer Schwächung der Schlagkraft in Europa gegen den Osten verwiesen.⁴²

Der Kriegsausbruch hatte den Unionsparteien deutlich vor Augen geführt, dass die von einigen präferierte politische Lösung für den Konflikt in weite Ferne gerückt war. Das Vorgehen der Amerikaner wurde zwar als notwendig betrachtet, um einerseits ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren und die Freiheit zu verteidigen, allerdings gab es vereinzelt auch kritische Stimmen. Diese wurden jedoch nicht öffentlich geäußert und wenn doch, als private Meinung gekennzeichnet. Einer konkreten Stellungnahme zum Kriegsausbruch und der amerikanischen Vietnam-Politik enthielt sich die Partei aber nach wie vor.

39 Vgl. Grabbe: Unionsparteien, S. 455.

40 Gespräch Carstens mit NATO-Generalsekretär Brosio 25. März 1965, in: AAPD 1965, Dok. 150, S. 614–619, hier S. 617.

41 Vgl. Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 327f.

42 Vgl. Grabbe: Unionsparteien, S. 461.

Zunehmender Druck auf die Regierung Erhard

Mit anhaltendem Einsatz in Südostasien erhöhten die Amerikaner den Druck auf die unionsgeführte Bundesregierung, einen stärkeren Beitrag für Süd-Vietnam zu leisten. Die Unionsparteien betonten zwar nach wie vor, dass sie die Verteidigung der Freiheit durch die Amerikaner honorieren würden und eine moralische Verpflichtung gegenüber Süd-Vietnam auf Grund der analogen Teilungssituation hätten – eine militärische Unterstützung lehnten sie jedoch weiterhin ab.⁴³ Die amerikanischen Forderungen nach verstärkter deutscher Unterstützung kulminierten im Dezember 1965 anlässlich eines Besuches Erhards bei Johnson. Mit dem Verweis auf die hohen Kosten des Krieges forderte der US-Präsident den Bundeskanzler einerseits zur pünktlichen Zahlung der Stationierungskosten für die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik auf und verlangte darüber hinaus personelle Unterstützung in Form von Sanitätseinheiten und eines Baubataillons.⁴⁴ Damit wurde erstmals offiziell deutsches Militärpersonal für Vietnam eingefordert. Vor der deutschen Öffentlichkeit wurde dieser Umstand allerdings verschwiegen, da CDU und CSU heftige Reaktionen aus der Bevölkerung befürchteten. Dennoch bestand die Sorge, dass dieser Teil des sogenannten Johnson-Treatments an die Presse gelangen könnte, weshalb die Regierungsvertreter „an der Legende zu stricken [begannen], eine Anfrage der USA nach Bundeswehreinheiten hätte es nie gegeben und wäre auch in Zukunft nicht zu erwarten“⁴⁵. Intern forcierte das Auswärtige Amt Anfang 1966 die Bemühungen, weiteren Forderungen nach militärischer Unterstützung mit einheitlichen Sprachregelungen entgegenzutreten. Das Ministerium hatte hierfür politische und rechtliche Argumente ausgearbeitet, wobei deutsche Diplomaten angewiesen wurden, zur Begründung der Ablehnung ausschließlich die politischen Argumente zu verwenden, da die rechtlichen zur Untermauerung der deutschen Haltung nicht ausreichen würden.⁴⁶ Die politischen Argumente umfassten neben der erneuten Betonung, dass die Bundes-

43 Vgl. dpa, 2. August 1965; ebd., 7. Januar 1966; Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 184. Die Gleichsetzung von Berlin und Saigon wurde aber bereits in der Anfangszeit des Vietnam-Krieges nach und nach aufgeweicht. Die Befürchtung einer erneuten Bedrohung Berlins durch die Sowjetunion war eine der wesentlichen Überlegungen gegen die Aufrechterhaltung der Analogie. Vgl. Ministerialdirektor Krapf an Botschafter Knappstein, 18. Januar 1966, in: AAPD 1966. Bearb. von Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1997, Dok. 24, S. 111–113, hier S. 112.

44 Vgl. Gespräch Erhard mit Johnson in Washington, 20. Dezember 1965, in: AAPD 1965, Dok 469, S. 1938–1942, hier S. 1939.

45 Troche: Mekong, S. 398. Weitergegeben wurde die Information über die Forderung nach militärischem Personal aber unter anderem an den Auswärtigen Ausschuss, wobei Schröder diesen Umstand nur in einem Nebensatz erwähnte und nicht näher darauf einging. Vgl. Sitzung vom 13. Januar 1966, in: Der Auswärtige Ausschuss, S. 32–43, hier S. 35.

46 Vgl. Ministerialdirektor Wertz an die Botschaft in Washington, 18. April 1966, in: AAPD 1966, Dok. 115, S. 506–510, hier S. 506ff.

wehr keinen Einsatz außerhalb des NATO-Gebietes vornehmen würde, auch die besondere Situation des geteilten Deutschlands. Dabei spielte vor allem die Außenwirkung eine Rolle, sollte sich die Bundesrepublik an einem Einsatz in Vietnam beteiligen; die Weltöffentlichkeit könnte einen neuen deutschen Militarismus fürchten. Aber es kamen auch Überlegungen über eine Gefährdung der Nichtanerkennungspolitik der DDR in Ländern der Dritten Welt zum Tragen.⁴⁷ Im April 1966 legte das Auswärtige Amt schließlich ein juristisches Memorandum vor, in dem der zukünftige Standpunkt der Bundesrepublik in Bezug auf Auslandseinsätze festgehalten wurde. Die darin angeführten Grundsätze über die Ablehnung deutscher Militäreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes sollten fast 30 Jahre Bestand haben.⁴⁸

Um den Forderungen im Johnson-Treatment in angemessener Form entgegenzukommen, nahm die Bundesregierung das Projekt eines Lazarettschiffes wieder auf – später setzte sich die Bezeichnung Hospitalschiff durch, um einen militärischen Charakter des Unternehmens zu vermeiden.⁴⁹ In Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Opposition einigte sich die Bundesregierung im März 1966 mit Süd-Vietnam auf die Entsendung des Hospitalschiffes unter der Flagge des Deutschen Roten Kreuzes. Von September desselben Jahres bis Ende 1972 blieb es in Vietnam im Einsatz.⁵⁰ In der Union regten sich vereinzelt kritische Stimmen gegen den Einsatz. Der häufiger nach Süd-Vietnam reisende Vorsitzende des Diskussionskreises für den Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Gewandt, bemängelte beispielsweise die Zweckmäßigkeit des Hospitalschiffes. Es sei nicht gewährleistet gewesen, ob es im überfüllten Saigoner Hafen überhaupt anlegen könnte.⁵¹ Vor allem aber hielt Gewandt die „spektakuläre“⁵² Hilfsmaßnahme für zu kostspielig

47 Vgl. Botschafter Knappstein aus Washington an das Auswärtige Amt aus einem Gespräch mit McNamara, 11. Januar 1966, in: AAPD 1966, Dok. 2, S. 7–9, hier S. 8.

48 Vgl. Troche: Mekong, S. 412. Zum Inhalt des Memorandums vgl. Ministerialdirektor Werz an die Botschaft in Washington 18. April 1966, in: AAPD 1966, Dok. 115, S. 506–510, hier S. 508f.

49 Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid betonte beispielsweise diesen Unterschied während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Vgl. Sitzung vom 19. Januar 1966, in: Der Auswärtige Ausschuss, S. 44–67, hier S. 54.

50 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 131f.

51 Vgl. dpa, 14. Februar 1966. Solche Informationsreisen waren für eine Analyse der weiteren Hilfsmaßnahmen ebenso wichtig wie für die Meinungsbildung über die tatsächliche Lage vor Ort. Die Informationspolitik der Amerikaner über die Vorgänge in Vietnam wies teilweise große Defizite auf, sodass die Berichte von Delegationsreisen eine wichtige Ergänzung für die Bundesregierung darstellten. Vgl. Arenth: Vietnam, S. 173. Zu den Berichten vgl. u. a. Kurzbericht Heinrich Gewandt, 17. Februar 1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-077-118 (Nachlass Paul Lücke); Bericht über die deutsche humanitäre Hilfe für Süd-Vietnam, 15. Oktober 1966, in: ACDP 08-006-053/2 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag AK V).

52 Die Welt, 15. Februar 1966.

und schlug dagegen andere Lösungen vor, wie den Menschen vor Ort besser geholfen werden könnte – beispielsweise durch die Einrichtung eines Sonderfonds.⁵³ Auch Erhards persönlicher Referent Hans Bernhard Graf von Schweinitz kritisierte die hohen Kosten des Unternehmens. Gleichzeitig verwies er darauf, dass die Entsendung des Hospitalschiffes vor allem aber ein Politikum darstelle, da die Bundesrepublik deutlich machen würde, auf wessen Seite sie im Kampf für die Freiheit stehe.⁵⁴ Neben diesen verhaltenen kritischen Äußerungen an der Hilfsmaßnahme bestand in den Parteien und der Presse ein breiter Konsens über den Nutzen des Hospitalschiffes.

In den Überlegungen über die Gewährleistung von finanzieller und humanitärer Hilfe spielte zudem eine Rolle, dass vor allem die Entwicklungshilfe „eines unserer [der Bundesrepublik] wenigen Mittel [sei], in der Außenpolitik wirklich zu agieren“⁵⁵ – so der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, über die politische Motivation der Unterstützung für Süd-Vietnam. Um die unterschiedlichen Hilfsmaßnahmen besser koordinieren zu können, wurde zudem ein interministerieller Ausschuss gebildet, dem Vertreter verschiedener Organisationen wie der Kirche oder karitativen Einrichtungen angehörten.⁵⁶

Die CDU-nahe Hochschulgruppe, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), wollte mit der Gründung eines „Aktionsausschusses Freiheit und Frieden in Südvietnam“ Anfang 1966 ebenfalls in die Offensive gehen. Neben dem Sammeln von Spenden sollte mit dem Ausschuss aber vor allem den „sogenannten Linksintellektuellen und den konkurrierenden pol. Studentenverbänden sachbezogen“⁵⁷ entgegentreten werden. Gegen die nach Meinung des RCDS zu einseitige Sicht auf den Vietnam-Krieg aus linken Kreisen wollte die Hochschulgruppe durch eine objektive Berichterstattung vorgehen. Die Verantwortlichen betonten jedoch, dass sie durch ihre moralische Unterstützung für die USA keineswegs den Krieg verherrlichen würden, sondern Aufmerksamkeit auf das menschliche Leid in Vietnam lenken wollten.⁵⁸ Der

53 Vgl. ebd.

54 Vgl. Artikel für den Materndienst, 17. Januar 1966, in: ACDP 01-860-003/3 (Nachlass Hans Bernhard Graf von Schweinitz).

55 Horst Osterheld: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 23). Düsseldorf 1992, S. 220.

56 Vgl. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 14. Januar 1966, in: AAPD 1966, Dok. 8, S. 21–28, hier S. 22; Sitzung vom 13. Januar 1966, in: Der Auswärtige Ausschuss, S. 32–43, hier S. 37; Sitzung vom 28. April 1966, ebd., S. 129–137, hier S. 134f. Zum Beschluss der Bundesregierung über die Gründung eines interministeriellen Ausschusses vgl. Bulletin, 5. März 1966, Nr. 31.

57 Schreiben des RCDS-Vorsitzenden Gert Hammer an die Gruppen- und Landesverbände des RCDS vom 26. Januar 1966, in: ACDP 04-006-040/1 (Bestand RCDS).

58 Vgl. Schreiben Gert Hammer an die Gruppen- und Landesverbände des RCDS vom 26. Januar 1966, ebd.; Aufruf des RCDS-Gießen an Kommilitonen, ebd.

Ausschuss und dessen Aktionen zielten nach Angaben des RCDS auch auf eine Imageverbesserung der Unionsparteien. Diese hätten – noch vor dem Beschluss über das Hospitalschiff – keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen getroffen, um im Vietnam-Konflikt eine deutlichere Position zu beziehen. Der Aktionsausschuss war den Initiatoren nach durchaus dafür geeignet, um für CDU und CSU eine positive Außenwirkung zu erreichen.⁵⁹ Größere Aufmerksamkeit erreichte allerdings nicht der Ausschuss des RCDS, sondern die Aktionen linksgerichteter Gruppierungen. Noch stießen die Kampagnen gegen die USA in der Bevölkerung allerdings auf Ablehnung, da die Amerikaner als Schutzmacht angesehen wurden.⁶⁰

Eine selten deutliche, öffentliche Kritik am amerikanischen Vietnam-Engagement kam von Alt-Bundeskanzler Konrad Adenauer. Seine Äußerungen wurden allerdings rasch von Seiten der Unionsparteien als Privatmeinung ausgewiesen.⁶¹ Noch während seiner Amtszeit hatte Adenauer eine zunehmend skeptische Haltung gegenüber den USA eingenommen. Dies lag vor allem an der amerikanisch-sowjetischen Annäherung seit der Amtszeit des US-Präsidenten John F. Kennedy, womit Adenauer auch die Sorge um eine Vernachlässigung Europas durch die Amerikaner verband. Als einer der wenigen in seiner Partei und als überzeugter Gaullist befürwortete Adenauer die französischen Pläne für Vietnam.⁶² In Interviews, die in der nationalen wie auch internationalen Presse erschienen, zeigte sich Adenauer über einen möglichen Rückzug der Amerikaner aus Europa bei gleichzeitigem Erstarken der Sowjetunion besorgt wie auch vor einem neuen Isolationismus der USA. Mit eigenen Lösungsvorschlägen hielt er sich jedoch noch zurück.⁶³ Erst im Sommer 1966 forderte er in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Cyrus Sulzberger für die *New York Times* erstmals öffentlich einen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam. Die erneut im Raum stehenden Gerüchte einer amerikanischen Truppenreduzierung in Europa veranlassten ihn zudem, den USA ein Desinteresse an europäischen Belangen zu unterstellen.⁶⁴ US-amerikanische Regierungsvertreter reagierten brüskiert und auch in der Bundesregierung sorgten die Äußerungen für starke Irritationen.⁶⁵ Um die Wogen zu glätten, beteuerte Erhard während seiner USA-Reise im September 1966, dass die Aussagen des Alt-

59 Vgl. Schreiben Gert Hammer an die Gruppen- und Landesverbände des RCDS vom 26. Januar 1966, ebd.

60 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 177–179; Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 346; Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zu Gegenwart. Frankfurt/Main 2004, S. 483.

61 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 184.

62 Vgl. ebd., S. 170, Alfred Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie. München 2006, S. 262.

63 Vgl. z. B. Welt am Sonntag, 18. Juli 1965; Troche: Mekong, S. 355f.

64 Das Interview erschien in deutscher Übersetzung in der Welt am Sonntag, 7. August 1966.

65 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 184.

kanzlers nicht ernst zu nehmen seien und sich die Bundesregierung der amerikanischen Anstrengungen in Vietnam bewusst sei.⁶⁶ Eine kritische öffentliche Stellungnahme zum amerikanischen Vietnam-Engagement konnte die deutsch-amerikanischen Beziehungen also durchaus belasten. Johnson ließ Adenauer durch seinen Botschafter McGhee dementsprechend mitteilen, dass er „zwar an Adenauers Ansichten zu den Fragen der internationalen Politik selbstverständlich interessiert sei, es in Zukunft aber vorzöge, sie durch den Botschafter und nicht durch Cyrus Sulzberger zu erfahren“.⁶⁷

Die von Adenauer vorgebrachten Sorgen um eine Vernachlässigung Europas durch die USA und die damit verbundenen Gefahren waren aber auch in den Unionsparteien stark verbreitet. Zwar wurden entsprechende Überlegungen nicht öffentlich geäußert, intern zeigten sich einige Unionspolitiker dennoch äußerst unzufrieden mit der amerikanischen Europa-Politik. Die von Adenauer kritisierte Truppenreduzierung hatte die Bundesregierung unvorbereitet getroffen. Ohne vorherige Konsultierung des deutschen Bündnispartners hatten die Amerikaner im April 1966 Teile ihrer Streitkräfte in Europa abgezogen und durch Rekruten ersetzt. Vor allem Barzel kritisierte dieses Vorgehen der USA scharf.⁶⁸ Noch ein Jahr zuvor hatte der US-Präsident Erhard gegenüber versichert, dass ein Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland nicht vorgesehen sei.⁶⁹ Dass diese Beteuerungen ein knappes Jahr später bereits Makulatur waren, belastete das Vertrauensverhältnis der beiden Staaten. Allerdings zeigten einige Unionspolitiker auch Verständnis für das amerikanische Arrangement. Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, Heinrich Krone, rechnete bereits im Dezember 1965 mit einem baldigen Abzug amerikanischer Truppen, meinte aber gleichzeitig, dass die Bundesrepublik „daraus keine Prinzipienfrage“ machen könnte, es sei „nur zu verständlich, daß Washington das tut“.⁷⁰ Beschwichtigende Worte äußerte auch Erhard im Oktober 1966 auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes. Die Bedeutung amerikanischer Streitkräfte auf deutschem Boden für die eigene Sicherheit wie auch der politische Wert der Stationierung stünden zwar außer Frage, gleichzeitig machte er jedoch deutlich, dass die Truppen nicht „in alle Ewigkeit“⁷¹ bleiben könnten. Eine völlig andere Motivation zur Befürwortung eines nach-

66 Vgl. Troche: Mekong, S. 357.

67 Arenth: Vietnam, S. 184.

68 Vgl. ebd., S. 181; Pressemitteilungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1965–1975, 19. April 1966.

69 Vgl. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München u. a. 1996, S. 565f.

70 Heinrich Krone: Tagebücher, Zweiter Band: 1961–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44). Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, S. 441.

71 Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1950, S. 265.

lassenden amerikanischen Engagements in Europa zeigte dagegen Franz Josef Strauß. Der überzeugte Gaullist sah darin eine Gelegenheit, „in Europa mehr für die eigene Verteidigung zu tun“⁷² und setzte daher taktisch auf eine amerikanische Truppenreduzierung.⁷³

Für den amerikanischen Präsidenten war der Teilabzug von Streitkräften vor allem wegen des zunehmenden innenpolitischen Drucks notwendig geworden.⁷⁴ Die großen Anstrengungen im Vietnam-Krieg stellten für einige US-Politiker das amerikanische Engagement in anderen Regionen – vor allem in Europa – allmählich in Frage. Die besondere Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA machte es für diese leichter, Druck auf den deutschen Bündnispartner auszuüben, um einen höheren Beitrag für das amerikanische Vietnam-Engagement zu erhalten. In diesem Zusammenhang betonte US-Präsident Johnson im Juni 1966 in einem Gespräch mit Barzel, dass es für die Amerikaner einfacher sei, Truppen aus Europa zur Unterstützung in Vietnam abzuziehen, „als auch nur einen Dollar von den Deutschen [zu] bekommen“.⁷⁵ Damit verwies Johnson auf die Devisenausgleichszahlungen, die bereits im Johnson-Treatment Erwähnung gefunden hatten. Erhard hatte im Dezember 1965 allerdings auf die angespannte Haushaltslage in der Bundesrepublik hingewiesen, die die von Johnson verlangte fristgerechte Zahlung unmöglich machen würde.⁷⁶ Vor dem Hintergrund der eigenen schwierigen innenpolitischen Situation beharrte Johnson vehement auf der Einhaltung der Zahlung und selbst Beobachter der Auseinandersetzung auf amerikanischer Seite beurteilten das Verhalten des Präsidenten in der Unterredung mit dem Bundeskanzler als überzogen.⁷⁷ Vor allem aber Erhard, der in Johnson bislang immer einen persönlichen Freund gesehen hatte, zeigte sich vom Verhalten des Präsidenten überrascht.⁷⁸ Sein bedingungsloses Vertrauen in die USA, das durchaus in die Beurteilung der amerikanischen Vietnam-Politik einfluss, beruhte nicht auf Gegenseitigkeit und konnte stellenweise dazu führen, dass die Amerikaner weniger Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten nahmen.⁷⁹ Erhards letzter USA-Besuch im September 1966 stand ebenfalls im Schatten des Vietnam-Krieges. Das Scheitern

72 Die Welt, 21. Februar 1966.

73 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 185.

74 Vgl. Ernst Majonica: Was will Johnson?, in: Deutschland-Union-Dienst (DUD), 21. September 1966. Seine Überlegungen über einen – für ihn noch unwahrscheinlichen – amerikanischen Truppenabzug setzte der CDU-Abgeordnete und Asienexperte der CDU/CSU-Bundestafraktion allerdings erst für den Zeitraum nach 1970 an.

75 Gespräch Barzel mit Johnson in Washington, 16. Juni 1966, in: AAPD 1966, Dok. 193, S. 823–826, hier S. 826.

76 Vgl. Mierzejewski: Ludwig Erhard, S. 309.

77 Vgl. McGhee: Botschafter, S. 283.

78 Vgl. Hentschel: Ludwig Erhard, S. 478.

79 Vgl. u. a. ebd.; Mierzejewski: Ludwig Erhard, S. 286f.; Osterheld: Außenpolitik, S. 387; Troche: Mekong, S. 445f.

der Gespräche über einen Aufschub der Devisenausgleichszahlungen war einer der außenpolitischen Aspekte, die Erhards Sturz beförderten.⁸⁰

Vor der deutschen Öffentlichkeit sollte die Bedeutung des Vietnam-Krieges nicht unnötig ausgeweitet werden. Im Bundestagswahlkampf 1965 spielte er beispielsweise keine Rolle.⁸¹ Vor allem vor dem Hintergrund der innenpolitischen Probleme sollten „über Vietnam nicht die Lage und die Gefahr vor der eigenen Tür vergessen“⁸² werden, wie Barzel auf dem Bundesparteitag der CDU im März 1966 betonte.

Selbstbewussteres Stillschweigen unter Kiesinger

In der Großen Koalition setzte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger die Vietnam-Politik der Vorgängerregierung fort. Das amerikanische Vietnam-Engagement fand weiterhin moralische Unterstützung durch die Bundesregierung und auch die Ablehnung eines deutschen Militäreinsatzes und der hohe Stellenwert der humanitären Hilfe wurden beibehalten.⁸³ In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 unterstrich Kiesinger das vitale Interesse der Bundesrepublik an einer guten Partnerschaft mit den USA und betonte, dass die Deutschen zur „Bewahrung des Weltfriedens entschiedener als bisher Mitverantwortung übernehmen können“⁸⁴. Mit der Äußerung über eine stärkere Mitverantwortung der Bundesrepublik schlug der Kanzler gleichzeitig eine Richtungsänderung in der bisherigen Ausrichtung der deutsch-amerikanischen Beziehungen ein. Anders als Erhard wollte Kiesinger sich nicht ausschließlich auf den amerikanischen Bündnispartner verlassen. Gleichzeitig trat die Große Koalition den USA gegenüber selbstbewusster auf und begann sich allmählich zu emanzipieren.⁸⁵ Dazu beigetragen hatte auch die Erkenntnis, dass die US-Regierung deutschen Belangen neben dem hohen Engagement in Südostasien keine große Bedeutung mehr beimaß. Daraus folgte eine nun pragmatischere Sicht auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen.⁸⁶ In einer Ansprache vor dem National Press Club in Washington im Sommer 1967 erklärte Kiesinger

80 Vgl. u. a. Arenth: Vietnam, S. 190; Mierzejewski: Ludwig Erhard, S. 311; Troche: Mekong, S. 455.

81 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 132.

82 14. Bundesparteitag der CDU in Bonn vom 21.–23. März 1966, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>, S. 126 (Abruf: 14. Mai 2014).

83 Vgl. Troche: Mekong, S. 458, 461.

84 Dieter Oberndörfer (Hg.): Kurt Georg Kiesinger. Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers. Stuttgart 1979, S. 22.

85 Vgl. Daniela Taschler: Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966–1969) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 132). Düsseldorf 2001, S. 390; McGhee: Botschafter, S. 345.

86 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 198.

hierzu, dass die Bundesrepublik „nicht länger auf die Vereinigten Staaten blicke [...] wie auf den großen Bruder, zu dem man läuft, wenn etwas schiefgeht.“⁸⁷ Stattdessen sollte sich vermehrt den europäischen und deutschen Angelegenheiten zugewandt werden, um den Amerikanern eine Kräftebündelung in den großen Krisengebieten wie Vietnam zu ermöglichen. Die pragmatischere Sicht war auch deshalb notwendig geworden, da sich die fortgeführte Interessenverlagerung der USA und deren Probleme in Vietnam nach wie vor belastend auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen auswirkten. So gab es auch in der Großen Koalition weiterhin Diskussionen über Truppenreduzierungen und die Einhaltung der Devisenausgleichszahlungen.⁸⁸

Die Probleme in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zogen allerdings keine kritischere Beurteilung des amerikanischen Vietnam-Engagements durch die Unionsparteien nach sich. Auch unter Kiesinger bestand die Ansicht, dass auf Grund der besonderen Situation des geteilten Deutschlands, der damit zusammenhängenden Abhängigkeit von den USA und des Einsetzens der Amerikaner für die Freiheit keine öffentliche Kritik geäußert werden dürfe.⁸⁹ In dieser Strategie unterstützt wurden CDU und CSU vom deutschen Botschafter in Washington, Karl Heinrich Knappstein. Dieser betonte in einem Schreiben an Außenminister Willy Brandt, dass die Amerikaner zunehmend empfindlich auf öffentliche Kritik an ihrem Engagement in Vietnam reagieren würden, da die Entwicklungen dort nicht zu ihren Gunsten verliefen. Daher riet der Botschafter von amtlichen und halbamtlichen Äußerungen ab, die Zweifel am amerikanischen Vietnam-Engagement beinhalteten. Diese Maßgabe sollte allerdings, so Knappstein, nicht davon abhalten, auf vertraulichem und inoffizielltem Weg dem amerikanischen Partner die eigene Meinung zu unterbreiten.⁹⁰

Mit ihrer fortgesetzt zurückhaltenden Vorgehensweise schufen die Unionsparteien allmählich einen Gegensatz zu ihrem neuen Koalitionspartner, der SPD, die sich Anfang 1968 erstmals öffentlich kritisch zum Vietnam-Konflikt äußerte. Wie CDU und CSU hatten sich die Sozialdemokraten seit Beginn des Krieges einer öffentlichen Stellungnahme enthalten, wogegen sich im Verlauf des Konfliktes in der Partei Widerstand zu regen begann.⁹¹ Am 5. Januar 1968

87 Oberndörfer: Die Große Koalition 1966–1969, S. 101.

88 Vgl. Taschler: Herausforderungen, S. 98.

89 Vgl. Gespräch Kiesinger mit de Gaulle, 13. Januar 1967, in: AAPD 1967. Bearb. von Ilse Dorothee Pautsch/Jürgen Klöckler/Matthias Peter/Harald Rosenbach. München 1998, Dok. 14, S. 64–77, hier S. 77; Aufzeichnungen Staatssekretär Schütz, 19. Mai 1967, ebd., Dok. 173, S. 754f., hier S. 755.

90 Vgl. Botschafter Knappstein an Brandt, 2. Februar 1968, in: AAPD 1968. Bearb. von Mechthild Lindemann und Matthias Peter. München 1999, Dok. 44, S. 156–158, hier S. 157f.

91 Vgl. Grabbe: Unionsparteien, S. 560–562.

forderte der Bundesvorstand der SPD in einer Erklärung die Vereinigten Staaten zu einem Bombenstopp auf Nord-Vietnam auf und die Bundestagfraktion brachte diese Stellungnahme dann in Form eines Entschließungsantrages in den Bundestag ein.⁹² Kiesinger erklärte allerdings, dass diese Vietnam-Erklärung der SPD keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit haben werde.⁹³ Dort würde weiterhin die Maßgabe gelten, die Amerikaner nicht bevormunden zu wollen, wie Kiesinger dem amerikanischen Botschafter gegenüber betonte.⁹⁴ In der Fraktionssitzung vom 26. März 1968 beschäftigten sich die Abgeordneten der Unionsparteien nochmals mit der Erklärung des Koalitionspartners. Barzel unternahm sogar den Versuch einer eigenen Vietnam-Erklärung, über die in der Fraktion jedoch keine Einigkeit erzielt werden konnte, sodass es der Vorsitzende lediglich bei einem Testlauf beließ.⁹⁵

Das Festhalten der Unionsparteien am Grundsatz, sich nicht öffentlich zum Vietnam-Krieg zu äußern, entwickelte sich jedoch allmählich zu einem Problem. In der Außenwirkung entstand der Eindruck, CDU und CSU würden insgeheim den Krieg befürworten und sich deshalb nicht dazu äußern.⁹⁶ Eine öffentliche Stellungnahme wurde – vor allem nach der Vietnam-Erklärung der SPD – nun unumgänglich. Am 11. März 1968 erläuterte Kiesinger in seinem Bericht zur Lage vor dem Bundestag die deutsche Vietnam-Politik. Das Ziel sei unmissverständlich die Beendigung der Kampfhandlungen. Da sich die Bundesrepublik hierfür aber nicht aktiv einsetzen könne, bliebe „nur die Möglichkeit, die Leiden aller durch den Krieg in Vietnam betroffenen Menschen durch vermehrte humanitäre Hilfe zu lindern“. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Proteste gegen den Vietnam-Krieg erklärte Kiesinger auch, dass es falsch sei, „ganz einseitig den Amerikanern die Schuld an dem Krieg, seiner Entstehung wie seiner Entwicklung“ vorzuwerfen und vor allem die Bundesrepublik „nicht den geringsten Grund [habe], [...] [sich] zu Schulmeistern Amerikas aufzuwerfen“⁹⁷. Die US-Regierung nahm die Äußerungen Kiesingers wohlwollend zur Kenntnis, wie der deutsche Botschafter dem Auswärtigen

92 Vgl. Die Zeit, 19. Januar 1968; Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1968 am 2. April 1968, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 63, S. 8665.

93 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Kurt Georg Kiesinger. Reden und Interviews 1968. Bonn o. J., S. 24.

94 Vgl. Gespräch Kiesinger mit amerikanischen Botschaftern McGhee und Schaezel, 21. März 1968, in: AAPD 1968, Dok. 100, S. 368–371, hier S. 369.

95 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Hg. von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Eingel. und bearb. von Stefan Marx. Düsseldorf 2011, S. 831.

96 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 134.

97 Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland am 11. März 1968, in: BT, Sten. Ber., S. 8168–8176, hier S. 8170.

Amt mitteilte.⁹⁸ In der Folgezeit hielten sich die Unionsparteien an das von Kiesinger vorgegebene Credo, öffentlich Stillschweigen über das amerikanische Vietnam-Engagement zu wahren und sich lediglich zu deutschen Hilfsmaßnahmen und zu Friedensbemühungen zu äußern.

Das Bemühen der Unionsparteien, den Vietnam-Krieg so gut wie möglich aus öffentlichen Diskussionen herauszuhalten, war zudem nach wie vor dem Umstand geschuldet, dass den innenpolitischen Problemen der Bundesrepublik Vorrang gewährt werden sollte. Dementsprechend hatte sich Barzel gegen den Vorschlag des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, gewehrt, Kiesingers Stellungnahme zum Vietnam-Krieg vor dem Bundestag an den Anfang der Rede zu setzen. Der Bericht sollte vornehmlich die Lage der Nation im geteilten Deutschland behandeln und so bestand die Sorge des Unions-Fraktionsvorsitzenden vor allem darin, dass die Vietnam-Thematik wichtige deutschlandpolitische Probleme in den Hintergrund rücken lassen würde.⁹⁹

Eine Konstante auch in der Großen Koalition blieben die Differenzen in der Vietnam-Politik mit Frankreich. Der westliche Nachbar versuchte nach wie vor, die Bundesregierung von der Ausweglosigkeit des amerikanischen Engagements zu überzeugen, stieß damit allerdings zunächst weiterhin auf Ablehnung.¹⁰⁰ Staatspräsident de Gaulle hatte sich ein letztes Mal im Jahr 1966 öffentlich gegen das amerikanische Engagement in Vietnam ausgesprochen. In der Folgezeit unterließ er allerdings dahingehende öffentliche Äußerungen, da er die angespannten Beziehungen zu den USA – vor allem nach dem Rückzug Frankreichs aus dem militärischen Teil der NATO im September 1966 – nicht noch weiter belasten wollte.¹⁰¹

Ein Umdenken auf deutscher Seite erfolgte erst nach der Tet-Offensive¹⁰² der kommunistischen Truppen in Süd-Vietnam im Frühjahr 1968. Die amerikanische Strategie für Vietnam wurde selbst in der eigenen Presse als gescheitert angesehen und somit zog Johnson, der für das Desaster mitverantwortlich gemacht wurde, für 1969 seine Präsidentschaftskandidatur zurück.¹⁰³ Die Uni-

98 Vgl. Botschafter Knappstein in Washington an das Auswärtige Amt, 26. März 1968, in: AAPD 1968, Dok. 109, S. 401–404, hier S. 401f.

99 Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1966–1969, S. 527 (Text: CD-ROM).

100 Vgl. u. a. ebd., S. 43; Karl Carstens: Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard am Rhein 1993, S. 381.

101 Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 181f.

102 Über das vietnamesische Neujahrsfest Tet starteten die nord-vietnamesischen Armee und die in Süd-Vietnam tätige National Liberation Front (NLF) Ende Januar 1968 eine Offensive in den Städten Süd-Vietnams. Der militärische Erfolg blieb allerdings aus, jedoch bedeutete die Offensive einen politischen Sieg der Kommunisten, da sie ein Umdenken in der bisherigen Einstellung der westlichen Verbündeten gegenüber dem amerikanischen Vietnam-Engagement einleitete. Die Tet-Offensive gilt daher als Wendepunkt des Vietnam-Krieges. Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 160, 165.

103 Vgl. McGhee: Botschafter, S. 213.

onsparteien setzten ihre Hoffnungen in seinen Nachfolger Richard Nixon, da sie mit ihm eine erneute Fokussierung auf Europa verbanden.¹⁰⁴ Nixon hatte einen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam versprochen und ließ damit allmählich die Proteste gegen den Vietnam-Krieg, die sich 1968 auf ihrem Höhepunkt befanden, abklingen.¹⁰⁵ In der Bundesrepublik zählte die Vietnam-Thematik auch zu den Schlagworten der Außerparlamentarischen Opposition.¹⁰⁶ Die Demonstranten zeichneten ein äußerst kritisches Bild der Amerikaner, von dem sich Unionspolitiker klar distanzieren.¹⁰⁷ Entgegen der ideologisch motivierten Kritik am amerikanischen Vietnam-Einsatz sei es Aufgabe der Unionsparteien, den einseitigen Anschuldigungen gegen die Amerikaner „eine zeitgemäße, nüchterne Aufklärung über die kommunistische Subversion“¹⁰⁸ entgegenzusetzen und somit zu einer differenzierteren Betrachtungsweise des Vietnam-Krieges in der deutschen Bevölkerung beizutragen.

Weiter auf Kurs in der Opposition

In der sozialliberalen Koalition nahm der Vietnam-Krieg nicht mehr den Raum ein, den er noch unter Kiesinger und Erhard innegehabt hatte. Die Amerikaner verhandelten seit 1968 mit den Nord-Vietnamesen über ein Friedensabkommen und setzten den von US-Präsident Nixon versprochenen Rückzug aus Vietnam allmählich um.¹⁰⁹ Noch vor Ende der ersten Amtsperiode hatte die US-Regierung unter Nixon das amerikanische Engagement in Südostasien deutlich verringern können und Ende Januar 1973 ein Friedensabkommen ausgehandelt.¹¹⁰ Bis zum Fall von Saigon im Mai 1975 und dem Sieg der Kommunisten rückte die Thematik – wie zuvor immer von den unionsgeführten Regierungen unter Erhard und Kiesinger erhofft – in den Hintergrund der deutschen Außenpolitik, dies vor allem auch in Hinblick auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition.¹¹¹ Befürchtungen über eine Vernachlässi-

104 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 91; Kurt Birrenbach: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Düsseldorf u. a. 1984, S. 300.

105 Vgl. Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 489.

106 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 56.

107 Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkriegs, S. 9f; Ernst Majonica: Adenauer und China, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.). Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Stuttgart 1976, S. 521.

108 Zu dem nachfolgenden Bericht über den Vietnam-Konflikt von Jürgen Wahl, o. D., in: ACDP 07-001-19003 (Bestand CDU-Bundespartei) [Hervorhebung im Original].

109 Vgl. Arenth: Vietnam, S. 215.

110 Vgl. Frey: Geschichte des Vietnamkrieges, S. 211f.

111 Vgl. 19. Bundesparteitag der CDU in Saarbrücken vom 4.–5. Oktober 1971, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>, S. 221 (Abruf: 14. Mai 2014).

gung der innerdeutschen Probleme blieben in den Unionsparteien jedoch weiterhin präsent.

Mit dem Gang in die Opposition 1969 waren CDU und CSU in der Außenpolitik auf Informationen der sozialliberalen Koalition angewiesen. Für die Meinungsbildung mussten die neuen Oppositionsparteien auf Berichte der Bundesregierung zurückgreifen oder sich in den entsprechenden Ausschüssen informieren.¹¹² Auch Reisen von Unionspolitikern nach Südostasien waren für eine eigene Einschätzung der Lage weiterhin von Bedeutung.¹¹³ Doch öffentlich ließen CDU und CSU nach wie vor nichts über ihre Haltung zum Vietnam-Krieg verlauten. Als Argument für diese Vorgehensweise – selbst in der Opposition – diente weiterhin die besondere Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA. Auf der Sitzung der Bundestagsfraktion vom 5. Mai 1970 betonte Barzel daher, dass er es für „sehr töricht und unverantwortlich“ halte, den „Hauptverbündeten [...] dauernd zu beleidigen“¹¹⁴. Damit bezog sich der Fraktionsvorsitzende auf die nach wie vor vorhandenen äußerst kritischen Stimmen zum amerikanischen Vietnam-Engagement, die auch in den Reihen der Regierungsparteien vorhanden waren – insbesondere in der SPD.¹¹⁵ Für die Unionsparteien galt allerdings weiterhin das Credo Kiesingers, Stillschweigen zu bewahren und Barzel gab an, dass es über die Äußerungen nach einer Hoffnung auf Frieden hinaus keine weitergehenden Stellungnahmen geben sollte.¹¹⁶ Erst nach dem Ende des Vietnam-Krieges gab es aus den Reihen der Union vereinzelte Stimmen, die das amerikanische Engagement in Vietnam in der Rückschau negativ betrachteten. Der Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige Politik, Werner Marx, kritisierte beispielsweise nach Kriegsende über die „halbherzige [...] und nie völlig durchdachte [...] Politik“¹¹⁷. Selbst die seinerzeit heftig kritisierten Äußerungen Adenauers bezeichnete Marx retrospektiv als weitsichtig, in erster Linie bezogen auf die Interessenverlagerung der USA nach Asien.¹¹⁸

Über die Dauer des Konfliktes hatte das zurückhaltende Auftreten der Unionsparteien vor allem in der jüngeren Generation eine nachhaltig negative Auswirkung zur Folge. Von Vertretern der Jugend wurde insbesondere eine klare Positionierung – auch gegen die Amerikaner – vermisst. Stattdessen hät-

112 Vgl. Fraktionsprotokoll der Fraktionssitzung, 5. Mai 1970, in: ACDP 08-001-1022/1 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

113 Zu Informationen über die Reisen vgl. u. a. Union in Deutschland (UiD), 25. Juni 1970, 1. Oktober 1970, 26. August 1971, 6. Januar 1972.

114 Fraktionsprotokoll der Fraktionssitzung, 5. Mai 1970, in: ACDP 08-001-1022/1.

115 Scharfe Kritik an den USA äußerten Delegierte beispielsweise auf dem SPD-Parteitag im Mai 1970. Vgl. Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion, 6. Wahlperiode, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), S. 103, 141.

116 Vgl. Fraktionsprotokoll der Fraktionssitzung, 5. Mai 1970, in: ACDP 08-001-1022/1.

117 Pressemitteilungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2. Mai 1975.

118 Vgl. ebd.

ten CDU und CSU angeblich nur dann deutlich Stellung bezogen, wenn zuvor der Osten agiert habe.¹¹⁹

Der Bruch des Friedensabkommens von 1973 durch den Vormarsch nordvietnamesischer Truppen auf Saigon hatte zum Teil ernüchternde Reaktionen im Westen hervorgerufen. Die USA selbst waren stark mit ihrer Innenpolitik beschäftigt und hatten nach dem Rückzug aus Südostasien keine weiteren Bemühungen gezeigt, sich wieder verstärkt in der Region engagieren zu wollen. Der Vorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, stellte in einem Radiointerview zudem für die „westeuropäischen Verbündeten“ eine „Mitverantwortung für die Entwicklung in Südost-Asien“ fest und bezeichnete die militärische Niederlage der USA in Vietnam als „eine moralische und damit auch eine politische Niederlage des gesamten Westens“.¹²⁰ Das Scheitern der Amerikaner nahmen parteiübergreifend viele Politiker zum Anlass, erneut vor einem drohenden Isolationismus der USA zu warnen. Versierte außenpolitische Experten der Unionsparteien wie Gerhard Schröder hielten allerdings dagegen, dass eine solche Gefahr nicht bestehe. Vor allem ein Rückzug aus Europa sei nicht im amerikanischen Interesse, da – so Schröder – der gesamte Kontinent sonst unter sowjetischen Einfluss fallen würde.¹²¹ Um einen solchen Rückzug auch in Zukunft vermeiden zu können, forderte Dregger eine Forcierung der Eigenständigkeit Europas in Belangen der Sicherheit und der Verteidigungsbereitschaft – jedoch immer in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Bündnispartner.¹²² Das Scheitern der USA in Vietnam bot demnach die Möglichkeit, die Forderungen der Unionsparteien während des Krieges wieder aufzugreifen: eine Konzentration auf die europäischen und deutschen Belange.

Die Niederlage der Amerikaner hatte allerdings keinen Abbruch der deutschen humanitären Hilfe für Vietnam zur Folge. Im Gegenteil sollte angesichts der zunehmenden Flüchtlingsströme aus Süd-Vietnam die Hilfe aufgestockt werden. Dabei wurde in den Unionsparteien auch der Vergleich zu den Flüchtlingsströmen nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen, um hier eine moralische Verpflichtung der Bundesrepublik aufzuzeigen.¹²³ Eine Gleichsetzung der Schicksale beider Länder wie noch zu Anfang des Krieges wurde allerdings nicht mehr vorgenommen. Ein größeres Medienecho fand zudem die Forderung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl an die Bundesregierung, gemeinsame Hilfsprogramme mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu initiieren.¹²⁴ Mit einer solchen Maßnahme sollte die Eigenständigkeit der

119 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Opposition“, S. 1268.

120 Pressemitteilungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 19. April 1975.

121 Vgl. Artikel „Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts“, o. D., in: ACDP 01-555-020/1 (Nachlass Georg Kliesing).

122 Vgl. Pressemitteilungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 19. April 1975.

123 Vgl. ebd., 1. April 1975, 9. April 1975; UiD, 3. April 1975.

124 Vgl. u. a. General-Anzeiger, 2. April 1975; Stuttgarter Zeitung, 8. April 1975.

europäischen Politik – wie auch von Dregger gefordert – weiter vorangetrieben werden.

Das Ende des Vietnam-Krieges nahmen CDU und CSU auch zum Anlass, die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition zu kritisieren. Die „Entspannungsbegeisterung“ seit Anfang der 1970er Jahre habe durch den Vertragsbruch der Nord-Vietnamesen einen Realitätsschock erhalten. Diese habe „den klaren Blick für die unvermindert anhaltende kommunistische Bedrohungs- und Expansionspolitik verstellt [...]“.¹²⁵ Dadurch zeige sich – so CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf und der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Carl Otto Lenz – eine der Lehren aus Vietnam, weshalb die westliche Welt diesem Expansionswunsch des Ostens durch gefestigte Bündnisse entgegenstehen müsse.¹²⁶

In der Mannheimer Erklärung vom Parteitag der CDU im Juni 1975 fasste die Partei die Forderungen nach einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit und die Bedeutung des deutsch-amerikanischen Bündnisses nochmals pointiert zusammen. Vor allem letzteres sei für die Sicherheit und Unabhängigkeit Europas unabdingbar.¹²⁷

Fazit

Eine eindeutige Stellungnahme zum Vietnam-Konflikt hat es von Seiten der CDU und ihrer Schwesterpartei zu keinem Zeitpunkt gegeben. Eine Positionierung blieb lediglich darauf beschränkt, moralische Unterstützung zu leisten und der Hoffnung auf einen baldigen Frieden Ausdruck zu geben. Die Gründe für diese Haltung sind nicht in ein klares Schwarz-Weiß-Schema einzuordnen, sondern vielfältiger Natur. Eine besondere Rolle spielten Überlegungen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die sich durch kritische Äußerungen der unionsgeführten Regierungen verschlechtert hätten. Vor dem Hintergrund der besonderen Situation des geteilten Deutschlands und der Schutzmachtfunktion, die die Amerikaner für die Bundesrepublik einnahmen, galt es, eine Belastung des Verhältnisses zu vermeiden. Eine positive Stellungnahme zum amerikanischen Vietnam-Engagement hätte wiederum Schwierigkeiten mit einem anderen wichtigen Partner – Frankreich – nach sich gezogen. Der westliche Nachbar verfolgte in seinem ehemaligen Kolonialgebiet eine völlig andere Politik als die USA und versuchte stets, seinen deutschen Nachbarn von der eigenen Strategie zu überzeugen. Zudem hätte eine klare pro-amerikanische

125 UiD, 10. April 1975.

126 Vgl. Carl Otto Lenz: Lehren aus Indochina, in: DUD, 7. April 1975; Kurt Biedenkopf: Was wir aus Vietnam lernen können, ebd., 8. April 1975.

127 Vgl. Peter Hintze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995. S. 90–92, 95.

Haltung mit zunehmenden Kriegsverlauf innenpolitische Probleme für die unionsgeführte Bundesregierung verursacht. Gegen den Vietnam-Krieg regte sich in der Öffentlichkeit vermehrter Protest, sodass Äußerungen zugunsten der Amerikaner Unmut in Teilen der deutschen Bevölkerung hervorgerufen hätte.

Trotz der Vorgabe, Stillschweigen über die eigene Haltung zu bewahren, unterstützten die unionsgeführten Bundesregierungen die Amerikaner in ihrer Vietnam-Politik in anderer Form. Da parteiübergreifend Konsens bestand, keine militärische Unterstützung zu leisten, verstärkte die Bundesrepublik kompensierend ihre humanitären Hilfsmaßnahmen für Süd-Vietnam. Allerdings hatten die USA in dieser Hinsicht auch verstärkt Druck auf die Bundesregierung ausgeübt. Dabei nutzte die US-Regierung das besondere Abhängigkeitsverhältnis der Deutschen von den Vereinigten Staaten aus, um größere Hilfsleistungen zu erwirken.

Das starke amerikanische Engagement in Vietnam und die dadurch immer deutlicher zu Tage tretende Interessensverlagerung der USA weg von Europa bereitete den Unionsparteien Sorge und belastete immer mehr die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Jedoch führte diese Belastung nicht zu einem grundlegenden Wandel der Sichtweise von CDU und CSU auf den amerikanischen Bündnispartner. Zwar ging die Regierung unter Kiesinger im Gegensatz zu Erhard zu einer pragmatischeren Betrachtung der Beziehungen zu den USA über; jedoch zogen die Unionsparteien nie in Zweifel, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis das Fundament für die Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik darstellte.